EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Enormer Anstieg der konjunkturellen Risiken nach einem robusten Wachstum im vierten Quartal[3]

Stabile Konjunktur bei gleichzeitig zunehmender regionaler Heterogenität

Erste verfügbare Zahlen zum Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) deuten auf ein allgemein robustes Wachstum im vierten Quartal 2021 hin. Die Entwicklung auf Länderebene war allerdings heterogener als in den Vorquartalen. Während etwa in Ungarn das Wachstum im vierten Quartal 2021 deutlich stärker als erwartet ausfiel und die Wirtschaftsleistung auch in Polen weiter kräftig zunahm, schrumpfte die rumänische Wirtschaft zum Jahresende um 0,5% (im Vergleich zum Vorquartal). Vor allem die Produktion in der Industrie und in der Bauwirtschaft fiel in Rumänien deutlich schwächer als im CESEE-Durchschnitt aus. Gleichzeitig erholte sich das Land aber über den Jahresverlauf betrachtet merklich schneller als andere Länder von der pandemiebedingten Rezession des Jahres 2020. Die rumänische Wirtschaftsleistung erreichte als eine der Ersten in CESEE bereits im ersten Quartal 2021 wieder Vorkrisenniveau, während sie etwa in Tschechien und der Slowakei auch im vierten Quartal 2021 noch etwas darunter lag. Für das Gesamtjahr 2021 lagen die Wachstumsraten in CESEE damit zwischen etwa 3% für Tschechien und die Slowakei, etwa 5,5% für Polen und Rumänien und 6,7% für Ungarn.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

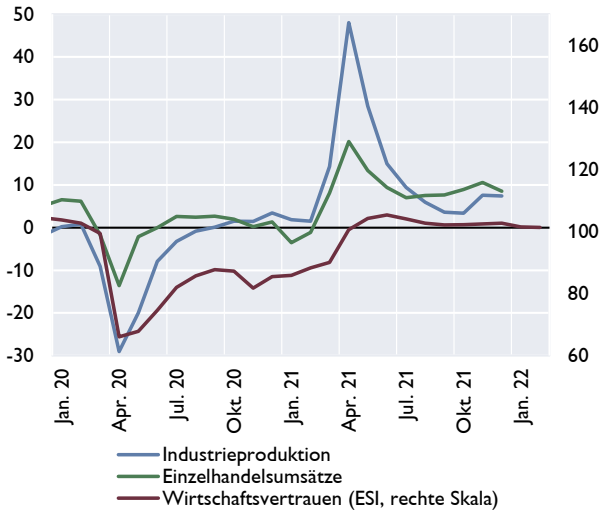
Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2021q1	2021q2	2021q3	2021q4
Bulgarien	1.4	0.8	0.6	1.0
Estland	3.4	2.3	0.7	..
Kroatien	7.3	0.8	2.7	..
Lettland	0.4	2.5	0.6	−0.1
Litauen	2.1	2.0	0.0	0.5
Polen	1.6	1.8	2.3	1.7
Rumänien	2.2	1.5	0.1	−0.5
Slowakei	−1.4	1.9	0.4	0.3
Slowenien	1.5	2.0	1.3	..
Tschechische Rep.	−0.4	1.3	1.6	0.9
Ungarn	1.5	2.0	0.7	2.1
Gesamte Region	**1.5**	**1.7**	**1.3**	**..**

Quelle: Eurostat.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

Jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat.

Die Wirtschaftsentwicklung im vierten Quartal 2021 war durch mehrere, teils gegenläufige Trends geprägt. Die Delta-Welle sorgte für abermals steigende COVID-19-Infektionszahlen und daran anknüpfend erneute Verschärfungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Das wirkte sich im Zusammenspiel mit der explodierenden Teuerung dämpfend auf das Wirtschaftsvertrauen in der Region aus und die Vertrauenswerte kamen trotz robuster Konjunktur und einer deutlichen

[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten nicht recht in Schwung. Der von der Europäischen Kommission erhobene Economic Sentiment Indikator bewegte sich bis Februar entlang der 100 Punkte Marke und dürfte aufgrund des eskalierten Konflikts zwischen Russland und der Ukraine in den nächsten Monaten wieder unter diese Marke fallen.

Während die Anschaffung langlebiger Konsumgüter (etwa gemessen an Neuwagenzulassungen) deutlich unter dem schwachen Konsumentenvertrauen litt, war bei den Einzelhandelsumsätzen hingegen nur ein vergleichsweise moderater Einbruch zu beobachten. Das dürfte auf die zuletzt gute Einkommensentwicklung zurückzuführen sein: Trotz steigender Inflation wuchsen die Reallöhne aufgrund zunehmender Arbeitskräfteknappheit im vierten Quartal leicht. Die beginnende Wiederherstellung der internationalen Lieferketten und die bessere Verfügbarkeit von wichtigen Vorleistungen vor dem russischen Angriff auf die Ukraine wirkten sich zuletzt positiv auf die Industriekonjunktur in der Region aus. Die verfügbaren Einkaufsmanagerindizes zeigten seit Oktober wieder nach oben und lagen im Jänner 2022 allesamt über der eine wirtschaftliche Expansion anzeigenden Marke von 50 Punkten. Die im Rahmen der Einkaufsmanagerindizes abgefragten Lieferverzögerungen und Auftragsrückstände ließen bis zum Jänner gegenüber den Höchstständen vom Sommer 2021 etwas nach. Das Wachstum der Industrieproduktion legte zum Jahresende merklich zu und lag im Dezember 2021 mit durchschnittlich 7,4% rund doppelt so hoch als noch im September 2021.

Risiken für die Wirtschaftsentwicklung steigen durch den Krieg in der Ukraine markant an

Derzeit ist unklar, wie sich der Krieg in der Ukraine auf die nach wie vor bestehenden Engpässe in den internationalen Lieferketten und damit zusammenhängende Verwerfungen auswirken wird. Die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie sollten jedoch weiterhin zurückgehen. Die beginnende Auszahlung von EU-Fördergeldern (mit Mitteln aus dem laufenden Finanzrahmen und dem NGEU-Wiederaufbaufonds) sollte Investitionen und die Bautätigkeit unterstützen. Gleichzeitig wird sich die anhaltend hohe Inflation und der wahrscheinlich bevorstehende weitere Schub bei den Energiepreisen in Kaufkraftverlusten und die damit einhergehende Straffung der Geldpolitik – so sie angesichts der derzeitigen Situation anhält – in zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen niederschlagen. Der Krieg lässt alle bestehende Unsicherheitsfaktoren noch deutlicher hervortreten und führt zu weiteren substanziellen Risiken. Die Wachstumsprognosen für 2022 wurden bereits im Verlauf des letzten halben Jahres aufgrund der sich schon vor der Eskalation abzeichnenden Risiken etwas nach unten revidiert. So erwartet die Europäische Kommission in ihrer jüngsten Prognose vom Februar ein durchschnittliches Wachstum für die CESEE EU-Mitgliedstaaten von 4,8% im laufenden Jahr. Das ist um 0,2 Prozentpunkte niedriger als noch im November 2021. Andere Prognoseinstitute haben ihren Ausblick noch deutlich weiter nach unten korrigiert und der Consensus lag am 16. Februar bei rund 4,5% für 2022.